

Laibacher Zeitung.

Nr. 43.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 22. Februar.

Insertionsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 kr.

1882.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem k. k. geheimen Rathe, Feldzeugmeister und Militärcommandanten zu Hermannstadt Ferdinand Bauer als Ritter des Ordens der eisernen Krone zweiter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Freiherrnstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem k. k. Major des Ruhestandes Karl Gündel den Adelsstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Februar d. J. dem Landes-Ärzt in Kärnten Franz Joseph Ortl in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung im Veterinärfache und auf dem Gebiete der Pferdezucht das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in der Nr. 705 der Zeitschrift „Wiener allgemeine Zeitung“, sechs-Uhr-Abendblatt ddo. 13. Februar 1882, unter der Aufschrift „Reichsrath“ enthaltenen Artikels den Thatbestand des Verbrechens nach § 65 a St. G. begründet, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in der Nr. 45 der Zeitschrift „Constitutionelle Vorstadt-Zeitung“ ddo. 14. Februar 1882 unter der Aufschrift „Das Manifest der Arvidsjäner“ enthaltenen Aufsatze in der Stelle von „Im Namen des“ bis „und Bosnien“ den Thatbestand des Verbrechens nach § 53 c St. G. begründet, und hat nach § 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie die „Klagenfurter Zig.“ meldet, zum Schulbaue in Sachsenburg 130 fl. zu spenden geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, den Feuerwehren in Wunser, Polna, Klein- und Groß Holleitz, Petchowitz, Ober-Woydorf, Ruske und Pantrac, Greuzendorf und Lautschnat, dann in Groß-Brownow je 80 fl. zu spenden geruht.

Rede Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers Dr. Ritter v. Dunajewski.

(Fortsetzung u. Schluss.)

Es hat der Herr Abgeordnete weiter einen gewissen aleatorischen Zug in der Finanzpolitik entdecken zu müssen geglaubt, und ist dabei auf die Erben-Lose zu sprechen gekommen. Ich will nicht, und habe keine Veranlassung, zu wiederholen, was ich schon im hohen Hause über diesen Gegenstand gesagt habe. Der Herr Abgeordnete hat dann wieder der Regierung entgegengehalten die Bewilligung, welche die k. k. priv. Bodencreditanstalt bezüglich ihrer Prämienanlehen erhalten hat. Nachdem man ja nicht umhin kann, hier bei jeder Gelegenheit Fragen zu erheben oder Einwendungen zu machen, die sich auf das Bank- und Geldwesen beziehen, habe ich schon die actenmäßige Antwort für den Herrn Abgeordneten verfassen lassen und werde mir erlauben, die Antwort zu verlesen (liest):

„Der Herr Abgeordnete Dr. Schaub behauptet: 1.) dass erst die gegenwärtige Regierung den Statuten der Bodencreditanstalt eine Interpretation gegeben habe, durch welche es dieser ermöglicht wurde, Communal-Obligationen mit Prämien zu emittieren;

2.) dass die Bodencreditanstalt infolge dessen alle früher emittierten Communalanlehen — soll wohl heißen Communal-Obligationen — in Lose umgewandelt habe;

3.) dass dieses Geschäft für die Gemeinden nicht nützlich gewesen sei, da dieselben ihre Darlehen schon vorher zu einem bestimmten Zinsfuße abgeschlossen hatten;

4.) dass auf diese Weise 40 Millionen Gulden Lose emittiert wurden.

Ad 1. Die Berechtigung der Bodencreditanstalt zur Ausgabe von mit Prämien dotierten Pfandbriefen oder Obligationen ist nach den klaren diesbezüglichen Bestimmungen der am 8. Februar 1864 vom damaligen Minister Rasser genehmigten Statuten zweifellos.

Diese Berechtigung wurde sogar im Reichsgesetzblatte vom 18. Juni 1864, Nr. 49, ausdrücklich publiciert. (Hört! Hört! rechts.)

Ueber die Interpretation dieses der Bodencreditanstalt von der damaligen verfassungstreuen Regierung eingeräumten Rechtes konnte nach dem in dem betreffenden Acte enthaltenen Commentare kein Zweifel obwalten.

Wenn die Bodencreditanstalt erst im Jahre 1880 von dem ihr zustehenden Rechte praktischen Gebrauch machte, so rührt dies daher, dass die jederzeit rückzahlbaren Hypothekendarlehen sich zur Bedeckung eines an einen fixen Verlosungsplan gebundenen Prämienanlehens nicht eignen und die Möglichkeit der Contrahierung großer Communalanlehen sich erst in den letzteren Jahren durch die den Gemeinden erwachsenen Verpflichtungen zu Schul-, Kasernenbauten und sonstigen Zwecken dargeboten hat.

Es ist das übrigens eine interne Frage der Bodencreditanstalt, und ich beschränke mich darauf, zu constatieren, dass die gegenwärtige Regierung lediglich deshalb die Erste ist, unter welcher die Bodencreditanstalt Prämien-Obligationen emittierte, weil es eben der Bodencreditanstalt erst jetzt convenierte, von dem ihr bei ihrer Gründung eingeräumten und niemals bestrittenen Rechte Gebrauch zu machen.

Ad 2 und 3. Im Oktober 1880, das ist zur Zeit, als die Emission der neuen Prämien-Obligationen erfolgte, hatte die Bodencreditanstalt circa 8.000.000 Gulden sogenannte „Communal“-Darlehen in Gold und circa 1.500.000 fl. solche Darlehen in Bankvaluta erteilt.

Die Darlehen der ersten Kategorie, die ausschließlich mit ungarischen Flussregulierungs-Gesellschaften contrahiert waren, gelangten seither bis auf einen kleinen Rest, der in dem letzten von der Bodencreditanstalt publicierten Ausweise mit 210,963 fl. 21 kr. angegeben erscheint, zur Rückzahlung.

Unter den Communalanlehen in Bankvaluta, im Gesamtbetrage von circa 1 1/2 Millionen Gulden, die gleichfalls zum größten Theile ungarischen Flussregulierungs-Gesellschaften erteilt waren, befanden sich nur drei solche an österreichische Gemeinden, bei denen die Herabsetzung des Zinsfußes entsprechend den neuen Darlehensbedingungen theils bereits erfolgt, theils in der Durchführung begriffen ist. Dass diese neuen Darlehensbedingungen entgegen der Anschauung des Herrn Abg. Schaub für die Gemeinden nicht ganz ohne Nutzen sind, ja dass diese Darlehen einem eminenten Bedürfnisse der Communen in einer denselben sehr convenienten Weise entsprechen, dürfte vielleicht aus den zahlreichen Bewerbungen um solche Darlehen, und zwar gerade seitens der besten und creditwürdigen Gemeinden, so wie aus der Thatfache geschlossen werden, dass die Bodencreditanstalt binnen Jahresfrist mehr als 20 Millionen Gulden neuer Darlehen an österreichische Gemeinden erteilt und denselben dadurch eine große Erleichterung des Gemeindebudgets ermöglicht hat.

Ad 4. Die von der Bodencreditanstalt bisher ausgegebenen Prämien-Obligationen belaufen sich nicht auf 40, sondern auf 20 Millionen Gulden.

Was also diesen aleatorischen Zug anbelangt, kann ich ihn nicht entdecken, und ich glaube, dass das hohe Haus nicht, wie der Herr Abgeordnete sich auszudrücken beliebte, die Regierungsvorlage über Postsparkassen als Spas ansehen, sondern diese wirklich wichtige und meiner Ansicht nach wohlthätige Vorlage möglichst bald beschließen werde.

Wenn übrigens der Herr Abgeordnete noch weiter sagt, dass irgend eine Bewilligung zur Vereinigung, wie ich glaube, schwacher und nothleidender Eisenwerke von der Regierung aus dem Grunde gegeben wurde, um jemand Gründergewinn zuzuwenden, so bleibt mir nichts übrig, als eine solche unwahre und verletzende Aeußerung zurückzuweisen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Ueber die verschiedenen Bemerkungen sowohl des ersten Herrn Redners von der anderen (linken) Seite

des hohen Hauses als auch des Zweiten! Monopol, Concurrenz, Patronanz, Verkauf der Staatskraft an das Ausland, über diese will ich weiter kein Wort verlieren, es sind so allgemeine, so verschwommene Bemerkungen, dass wirklich eine Antwort, eine concrete, bestimmte Antwort rein unmöglich ist, weil die Frage eben an Mangel jeder Bestimmtheit, jeder Gewissheit leidet. Uebrigens wurde ja bemerkt, dass man sich noch bei dem Bedeckungsgesetze näher auseinanderzusetzen werde. Es wird mich freuen, wenn man klarer wird, ich werde auch möglichst klar zu antworten versuchen.

Einer der Herren Redner der gestrigen Sitzung, trotzdem er Verwaltungsrath eines der mächtigsten Bankinstitute Wiens ist, kann es nicht verzeihen, dass eine andere Bank existiert (Heiterkeit rechts), und greift dabei den Finanzminister persönlich an. Das hohe Haus wird verstehen, warum ich darauf gar nicht antworte. (Heiterkeit rechts.)

Der letzte Herr Redner, der mit den nüchternsten Sachen begann und dann am Ende, ich weiß nicht, ob auf Grundlage der Ziffern oder auf Grundlage von Hoffnungen oder Befürchtungen — fast möchte ich das letztere glauben — warm zu werden anfing, hat zunächst den Bericht des Ausschusses in Bezug auf die Berechnungen einer Kritik unterzogen. Es ist nicht meine Sache, den Bericht des Ausschusses zu verteidigen, und der hochverehrte Herr General-Berichterstatter braucht auch ganz gewiss meine Hilfe nicht. Jedoch muss ich darauf aufmerksam machen, dass sich mit solchen Ziffern, welche man zu Hause bei großem Fleiße und unbestreitbarer Sachkenntnis zusammenträgt und combinirt, mündlich sehr leicht streiten lässt, weil ja niemand in der Lage ist, auf Zifferngruppierungen, die bereits dem Redner vorliegen, gleich mit Gegengruppierungen zu antworten. Das glaube ich, kann man nicht verlangen. Dass aber, solche Gruppierungen trotz aller Vorbereitungen auch nicht immer richtig sind, wird vielleicht selbst der Herr Abgeordnete zugeben, wenn ich ihm in aller Kürze Folgendes entgegenhalte.

Der Herr Abgeordnete hat am 13. Dezember v. J. eine Rede damit begonnen, dass das Deficit viel größer ist, wenn man etwas combinirt, rectificirt und wie alle diese Ausdrücke des technischen Rechnungswesens lauten. Das Deficit des Jahres 1881 — ich konnte dazumal auch nicht antworten, weil ich unmittelbar nach dem Herrn Abgeordneten zum Worte kam — das Deficit des Jahres 1881 wurde vom Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses in seinem Berichte vom 7. März 1881 mit dem rectificierten Betrage von 25.5 Millionen berechnet. Diese Ziffer ist das Resultat einer Combination durch Ausschneidung einer größeren Anzahl von Posten im Empfange und Ausgange. Der Herr Abgeordnete der Egerer Handelskammer stellte in seiner Rede bezüglich des Voranschlages 1882 eine ähnliche Combination auf. Ja er geht aber bei der Ausschneidung der Posten nicht ganz gleichmäßig vor, nicht so wie im Jahre 1881, und gelangt zu einem rectificierten Deficit von 26.3 Millionen. Der Budgetausschuss rechnet dagegen nach ganz gleicher Methode wie im Jahre 1881, und es erscheint in seinem Berichte die Bilanzierung des Jahres 1881 und 1882, wobei die Bilanz des Jahres 1882 um 3.1 Millionen sich günstiger darstellt. Wenn man also Vergleiche anstellt, so ist das erste Erfordernis, bei der Combination dieselben Ziffern auszuschneiden oder hinzuzunehmen. Wenn man aber bei der Ausschneidung und Hinzunahme andere Ziffern benützt, dann ist die Vergleichung unmöglich. Wenn nun die Bilanz des Jahres 1882 um 3.1 Millionen günstiger ist als die des Jahres 1881, dann muss auch das rectificierte Deficit des Jahres 1882 um eben diesen Betrag geringer sein und resultirt dann pro 1882 ein rectificiertes Deficit von circa 22 Millionen, wie eben von der Regierung angegeben wurde. Allerdings spielen auch hier die Abstriche des Budgetausschusses einerseits und die Mehranforderungen für den gemeinsamen Staatshaushalt eine Rolle.

Eine zweite Berechnung ist in der Rede des Herrn Abgeordneten enthalten. Er vergleicht die Brutto-Einnahme des Jahres 1879 mit jener des Jahres 1882. Das führt immer zu einem täuschenden Resultate. Will man richtig rechnen, dann muss man auch die Ausgaben in die Combination einbeziehen. Wenn man aber immer gegenüberstellt: um so viel

mehr Einnahmen, so muß man bedenken, daß diese Mehr an Einnahmen auch ein Mehr an Ausgaben nach sich zieht. Einer höheren Einnahme bei der Verzehrungssteuer stehen höhere Steuerrestitutionsen, einer höheren Einnahme vom Tabak höhere Erzeugungskosten gegenüber; wenn das Lotto ein höheres Erträgnis liefert, so erhöhen sich auch die Gewinnzahlungen; wenn man aber die Bruttoziffer der Einnahmen herausgreift und auf die Bruttoziffer der Ausgaben keine Rücksicht nimmt, so führt das zu einem täuschenden Resultate. Ich glaube, es wurde das ohne Combination ausgesprochen; denn eine richtige Combination setzt eine gehörige buchhalterische frühere Verlegung voraus.

Das Budget, wie es von der Regierung, respective vom Ausschusse vorgelegt wurde, finde ich seiner Anlage nach ganz entsprechend.

Der Herr Abgeordnete hat eingewendet, daß noch nichts über die galizische Transversalbahn und über die gemeinsamen Auslagen eingestellt wurde; ich werde in nächster Zeit in der Lage sein, dem hohen Hause das Bedeckungsgesetz vorzulegen, und es wird wohl darin eine genügende Aufklärung betreffs der Transversalbahn gegeben werden. Was die gemeinsamen Auslagen für die Expedition in Dalmatien und der Herzegowina betrifft, so sind dieselben erst in allerjüngster Zeit sanctioniert worden, sie konnten also bei der Vorlage des Finanzgesetzes noch nicht berücksichtigt werden.

Der Herr Abgeordnete hat am Schlusse seiner Rede Verschiedenes besprochen und mit Wärme sich seiner Parteigenossen angenommen gegen die Angriffe, welche irgend jemand irgendwo gegen dieselben veröffentlicht haben soll, dabei es aber auch an heftigen und vollständig unberechtigten Angriffen gegen die Regierung nicht fehlen lassen. Ich habe nicht geglaubt, daß der Herr Abgeordnete ein so empfindliches Gefühl für irgend einen Angriff auf sich oder seine Partei mit einer solchen Gleichgültigkeit bei den Angriffen, die er selbst macht, verbindet. Man fordert sachliche Antworten, ja auf sachliche Fragen, richtig und anständig gestellt, bin ich immer bereit, nach besten Kräften und bestem Gewissen zu antworten. Wenn aber ein so hochbegabter Herr Abgeordneter — ich weiß nicht, ob absichtlich, aber aus dem stenographischen Protokolle habe ich es entnommen — den Muth hat, hier im Hause von der Regierung zu sagen, daß sie eine „eiserne Stirn“ habe, was für eine Stirn muß man haben, um in einer gesetzgebenden Versammlung in solcher Weise zu sprechen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Er hat die gegenwärtige Regierung durch die Länderbank und alles, was drum und dran hängt, gewissermaßen stigmatisieren wollen; ich bin ihm dankbar, daß er nochmals diesen Gegenstand zur Sprache gebracht hat. Vor allem hat er gesagt: „Nachgewiesen wurde, nachgewiesen wurde!“ Nichts wurde nachgewiesen, behauptet wurde viel in verschiedenen verfänglichen Sätzen, in Allusionen, deren Charakteristik ich nicht wiederholen will, weil dies viel besser und talentvoller der Herr Abgeordnete Friedmann neulich charakterisiert hat. (Heiterkeit links.) „Und die Regierung hat geschwiegen.“ Nun, ich bitte, nachdem zwei Redner in dieser Debatte gesprochen haben, und ich doch nicht voraussetzen konnte und nicht voraussetzen soll, meiner Pflicht gemäß, daß das Haus wieder eine Länderbank-Debatte für wichtiger hält als die dringenden Vorlagen, die ihrer Erledigung harren, habe ich dasjenige, was sachlich, actenmäßig und ruhig dagegen zu erwidern war, erwidert. Da nun der Minister in diesem hohen Hause nie die Möglichkeit hat, der letzte zu reden, so wäre jede zweimalige Wiederholung der Rede nichts anderes, als — ich weiß nicht zu wessen Freude und Vergnügen — die fortwährende Verschleppung derselben Debatte. Diese Freude hatte ich den Herren, die es wünschen — ich weiß nicht, ob Sie es wünschen — nicht bereiten wollen, noch können.

Ich muß sagen, was die sogenannten Anklagen betrifft — man spielt sich so gern hier auf die Rolle eines Procurators oder Staatsanwaltes hinaus — ich kenne die Autorität des hohen Hauses; ich habe selbst lange Zeit die Ehre, Mitglied desselben zu sein, einzelnen Abgeordneten gegenüber lasse ich mir die Rolle eines Angeklagten unbedingt nicht gefallen (Sehr gut! rechts), namentlich, wenn man Fragen stellt, wo schon in der Frage implicite eine Verleumdung und Beleidigung gelegen ist. Wer den Muth hat, andere zu beleidigen und zu verlezen, bleibe nicht hier hinter dem sichern Verstecke der Abgeordneten-Immunität! (Bravo! rechts.) An anderer Stelle wird man ihm schon Rede und Antwort stehen. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Es wurde auch von anderen Rednern in ruhiger Weise und vom letzten Redner in etwas scharfer Art sich der socialen Klassen angenommen, gegen welche die ganze Action der Regierung durch ihre Steuerpolitik gerichtet sein soll. Und einer der Herren Redner — nicht der letzte — hat unter anderem geäußert, die ganze Volkswirtschaft der Regierung ist ja nur Politik. Das sind so Schlagworte. Was ist dann die Politik?

Als Theorie der Inbegriff von Grundsätzen, unter welchen sich alle Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens zusammenfassen sollen, und als Politik die Aufgabe der Gesetzgebung und der Regierung, für die Bedürfnisse sämtlicher Klassen ohne Unterschied insoweit zu sorgen, als dieselbe im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung möglich ist. Beides trennen ist ja nicht leicht, ja kaum möglich. Wenn aber unter diesem Ausdruck ein Vorwurf der Parteilichkeit enthalten sein sollte, so erinnere ich an dasjenige, was das hohe Haus, das jetzt versammelt ist, gethan hat. Es ist nicht viel, aber es ist doch nicht ohne Bedeutung. Es ist das Gesetz über die Besteuerung der Vorschussklassen, das hat auch lange gebraucht, es sind die von einem Hause schon beschlossenen agrarischen Gesetzentwürfe, welche hoffentlich auch hier ihre günstige Erledigung finden werden. Es hat die Regierung über Verlangen des Ausschusses statt einer Novelle ein Gesamtgesetz über die Gewerbe vorgelegt, dies sind wichtige Vorlagen, die freilich nicht das Elorado von selbst bieten werden; es müssen neben der Gesetzgebung und Regierung auch die Einzelnen durch ihre eigene Arbeit und Sparsamkeit mithelfen, dagegen gibt es kein Mittel, auch die gegenwärtige Regierung hat nie gesagt, daß sie irgend ein Mittel hat gegen den Mangel an Fleiß und Arbeitsamkeit.

Eines möge mir noch gestattet sein, zu erwähnen, verzeihen Sie, daß ich den Zusammenhang unterbreche, sonst hätte ich es vergessen, und man hätte mir wieder mein Schweigen vorgeworfen — es hat der Herr Abgeordnete der Egerer Handelskammer wiederholt gesagt, „man hat nachgewiesen, und die Regierung hat nicht geantwortet.“ Ich habe gesagt, man hat behauptet, und die Nachweisungen und officiellen actenmäßigen Richtigstellungen ignoriert der Herr Abgeordnete, dagegen kann ich nichts. Aber ich glaube nicht, daß eine Behauptung dadurch richtiger wird, daß sie oft wiederholt wird, und daß man doch nicht verlangen kann, daß man auf jede Wiederholung immer wieder repliciert.

Unter anderem wurde gesagt: Der Vertrag der Regierung mit der Länderbank. Ich habe gestutzt, was das für ein Vertrag sein soll. Und da heißt es: Der Vertrag wegen der Rente. Ich habe schon einmal, wenn ich mich recht erinnere, gesagt, wenn übrigens der Herr Abgeordnete will, so werde ich es wiederholen. (Abg. Dr. v. Plener ruft: Ich habe von der Transversalbahn und dem Anlehen gesprochen! — Rufe rechts: Ruhe!) Ich bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Präsident (gibt das Glockenzeichen): Ich bitte den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Dr. v. Plener: Ich bitte, nachdem der Herr Minister fragt, so erlaube ich mir, ihn zu unterbrechen. Ich habe gesprochen über die Begebung des Anlehens an die Länderbank und über den Vertrag wegen der galizischen Transversalbahn.

Finanzminister Dr. Ritter v. Dunajewski (fortfahrend): Ich habe über die Begebung schon einmal im hohen Hause gesprochen, wenn ich nicht irre. Freie ich mich, so wiederhole ich noch einmal: Ich habe die Gründe ganz bestimmt auseinandergesetzt, welche mich bewogen haben, dazumal, im März 1881, ein Begebungs-Uebereinkommen mit zwei großen Bankinstituten abzuschließen, und zwar mit der Bodencreditanstalt, welche das führende Institut war, und mit der Länderbank. Die Gründe wiederhole ich kurz. Das Bedürfnis war dringend, und dem Staate war die Sicherheit einer schnellen Einnahme notwendig, die Summe war nicht so groß, um eine öffentliche Concurrenz auszuschreiben, die Ware war neu, nicht bekannt, die Fixierung ihres Preises, die bei den Offerten im voraus notwendig ist, war äußerst schwierig und gefährlich, und es gab auf dem Felde der finanziellen Concurrenz auch einen politischen Hintergrund, dem ich ausweichen wollte, und ich habe das Uebereinkommen getroffen zum Course von 92 gegen Restitution der Intercalarzinsen und ohne jede Spesen. Man sagt: Es ist bekannt, daß mehr angeboten wurde.

Nicht der letzte Herr Redner hat dies gethan; es wurde schon früher gesagt. Selbstverständlich ist es sehr leicht, wenn man erfährt, daß jemand um 92 eine Ware kauft, welcher Anlaß hat zur Concurrenz — dann, ohne sich zu binden, sagt: ich gebe 93. Ich glaube, keinem ehrlichen Finanzminister ist es erlaubt, die Würde der Staatsverwaltung bloßzustellen und von dem geschlossenen Vertrage abzugehen. Es dürfte dem hohen Hause vielleicht nicht bekannt sein; aber da man mich zwingt, so sage ich es. Ich habe hier im hohen Hause gesprochen, warum ich mich nicht über die Offerten entscheide, und eine Viertelstunde darauf erscheint ein Abgeordneter in den Nebenräumen des Hauses bei mir und bietet 94, ohne von den Spesen zu reden. Ein solches Anbot von einem Herrn Abgeordneten hier im hohen Hause scheint mir nicht passend zu sein. (Hört! rechts.) Und ich wiederhole es: Wenn mir ein solches Anbot amtlich von einem soliden, großen Bankinstitute gemacht worden wäre, nachdem ich schon das Uebereinkommen geschlossen hatte, ich hätte es nicht angenommen. (Bravo! rechts.) Das weiß jeder, wenn er eine Ware verkauft, daß er sein Wort zu halten hat. Ob der Cours entsprechend war

oder nicht, will ich nicht näher besprechen; ich glaube, die Herren werden sagen, es war ein sehr guter.

„Aber die Regierung geht ihre Wege“, wurde von dem letzten Herrn Redner, ich weiß nicht, ob als Vorwurf oder als Ausruf einer gewissen Trauer, vorgebracht. Ja, sie geht ihre Wege und wird sie gehen. Ich muß in dieser Beziehung, weil man schon so oft die Regierung und auch meine Wenigkeit in derselben in wirklich nicht gerechtfertigter und allzu heftiger Weise angreift, mir erlauben, den hochgeehrten Herren ein letztes Wort in dieser Sache zu sagen.

Die Grundtendenz des Cabinets hat Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident hier auseinandergesetzt, so daß derjenige, der Mitglied seines Cabinets geworden ist, die Ehrenpflicht hat, ihm in dieser Tendenz nach seinen besten Kräften zu helfen. Diese Tendenz ist nicht der Kampf gegen das Deutschtum, es ist der Kampf gegen die einseitige Herrschaft einer einzigen Partei. (Bravo! Bravo! rechts.) Wenn man dieser Regierung mit Grundsätzen opponiert, wenn Sie ihre Gesetzentwürfe kritisch zerlegen und sie nicht annehmen, so begreift man dies vom Standpunkte einer Opposition. Wenn sie aber den Kampf bei jeder Gelegenheit so weit treiben, wie dies auch heute geschehen ist, verlebende Aeußerungen machen, sogar das Schicksal eines unglücklichen Mannes, der jetzt im Gefängnisse ist, über den ich und Sie nicht abzuurtheilen haben, herbeiziehen; von Verabredungen und Gott weiß was sprechen, was absolut nicht wahr ist, wie wollen die Herren wünschen, verlangen und erwarten, daß irgend eine Verständigung und Versöhnung mit Ihnen möglich ist? Ich glaube nicht. Den guten Willen muß man selbst auch bethätigen und nicht immer ihn nur von der andern Seite verlangen. (Bravo! rechts.)

Wenn der Herr Abgeordnete meint, daß die Regierung unentwegt gehe, so hat er recht. Er hat auch gesagt, daß in jedem andern Staate nach einer solchen Niederlage u. s. w. jede andere constitutionelle Regierung gehen würde. Ich glaube, es ist denn doch ein Unterschied zwischen einer verfassungsmäßigen Regierung, die nach ihren Pflichten und nach ihrem Gewissen und besten Wissen die bestehenden Gesetze achtet und befolgt, und einer — wenn ich diesen Ausdruck richtig verstanden habe — sogenannten parlamentarischen Regierung. Ich verstehe die gegenwärtige Regierung so, daß sie keine parlamentarische in diesem Sinne ist, sondern eine verfassungsmäßige zu sein hat, sein will und sein wird.

Ich verstehe die Stellung dieser Regierung so, daß sie ihre Pflichten gegen das Reich und denjenigen, der sie bestellt, nur mit der Unterstützung der beiden hohen Häuser durchführen kann.

Wenn sie es aber für nothwendig halten sollte, den Wünschen jener Herren zu entsprechen und diese Sitze zu räumen, das werde ich Ihnen kurz sagen: Wenn es ihr nicht möglich sein wird! Das hängt gewiß nicht von einer noch so gewagten, noch so heftigen und noch so sehr ungerechten Opposition ab (Bravo! rechts), das hängt zunächst von dem Willen der Borsehung ab, ob sie uns Gesundheit und Leben genug schenken wird, um in diesem harten Kampfe auszuharren. Und nur noch von einem zweiten Willen, von dem Willen desjenigen, in welchem sich der wirklich historische, echt österreichische Staatsgedanke verkörpert und in aller Ewigkeit verkörpert wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Ich will das hohe Haus nicht weiter behelligen. Aber nicht als Minister, sondern als Abgeordneter bitte ich mir nur eine Bemerkung zu gestatten. Es wäre sehr erwünscht, vom Standpunkte der höheren Interessen, die uns ja allen gemeinsam sind, auf die Dauer, wenn wir uns bei der Beurtheilung des Staatspräliminars, der einzelnen Steuervorlagen, ohne Unterschied der Partei einen Vorwurf ersparen wollten, nämlich den, zu sagen: Das ist für die Großen, das nur für die Kleinen und das für die Arbeiter u. s. w. u. s. w. Diese Absicht besteht gewiß bei gar keiner Partei dieses hohen Hauses, irgendwie einseitig bei der Besteuerung vorzugehen.

Aber ich glaube, daß solche hier laut gewordene Vorwürfe nicht ohne Gefahr sind. Wenn es mir erlaubt wäre, mich für einen Augenblick in der Stellung eines Geschichtsschreibers zu denken, der — nicht nach langer Zeit, vielleicht nach 10 oder 20 Jahren — unsere Discussionen und unsere Debatten hier zu beurtheilen haben wird — es wird ihm freilich schwer fallen, wenn er die Zeitungen als Quelle wird ansehen müssen (Heiterkeit rechts) — aber nehmen wir an, es gelänge ihm, alles zu verstehen und alles zu würdigen, was wird er sagen? Wo sind denn die großen Unterschiede, worin liegen denn die großen Principien, durch welche die einzelnen Parteien sich so weit voneinander unterscheiden? Es waren doch ernste, talentvolle und würdige und beredtsame Männer, während die beiden streiten — sehr oft um Schein — ist in ganz Europa und überall — wollen Sie das glauben, meine Herren — ein anderes Leben thätig, eine andere Bewegung, die nur hier und da ihr Zinglein auf der Oberfläche hinausstreckt, die aber mehr unter die Oberfläche der jetzigen politisierenden Welt sich fortsetzt, und die, wenn es so weiter fortgeht, alle meine Herren, Conservative und Liberale, und die Er-

gebisse der modernen Civilisation mit verschlingen wird. (Bravo! Bravo! rechts.)

Wir sollten uns vereinigen, meine Herren, nicht zum Kampfe gegen diese Bewegung in dem buchstäblichen Sinne des Wortes; nein, wir sollten uns alle vereinigen, und durch entsprechende Geseze und eine entsprechende Verwaltung dasjenige zu thun, was menschlichmöglich ist in einem civilisirten Staate, um der arbeitenden Bevölkerung zu helfen, sie auf richtige Bahnen zu lenken in sittlicher, religiöser und ökonomischer Beziehung (Bravo! Bravo! rechts — Ruf links: Petroleum!), wenn wir ihr das Princip beibringen, daß der Genuß nicht der Zweck des menschlichen Lebens ist und daß die vollständige Beseitigung der Armut auf dieser Welt eine reine Unmöglichkeit ist (So ist es! rechts), und wenn wir ihr andererseits die Ueberzeugung beibringen, daß, so weit als möglich, die Gesellschaft aus sich die Hilfe gegen die Krankheit organisieren muß, dann, glaube ich, werden wir ein viel schöneres Ziel erlangen, als durch die Entscheidung der Frage, ob Conservative, Liberale, Reactionäre oder Clericale recht haben. (Bravo! Bravo! rechts.)

Wie der Bitte an das hohe Haus, die Vorlage der Regierung in diesem Sinne zu beurtheilen und schließlich annehmen zu wollen, schließe ich und bitte um den Uebergang zur Specialdebatte. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts. — Widerspruch links. — Redner wird von den Ministern und vielen Mitgliedern des Hauses beglückwünscht.)

Zur Lage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt in ihrer Tagesrundschau Act von der Rede des Herrn Ministerpräsidenten in der Generaldebatte über das Budget, nennt, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, das Auftreten Sr. Excellenz ein „staatsmännisches“ und „schneidiges“ und bemerkt, Graf Taaffe sei den Maßlosigkeiten von der einen wie von der anderen Seite des Hauses „mit der einfachen, aber schlagenden Erklärung entgegengetreten, daß Oesterreich weder ausschließlich deutsch noch slavisch sein dürfe, sondern eben Oesterreich sein müsse“. — Auch das „Frankfurter Journal“ gibt in einem Wiener Briefe der Ansicht Ausdruck, daß Graf Taaffe vom österreichischen Standpunkte vollkommen im Rechte war, als er die Absicht, in Oesterreich das slavische Element prävalieren zu lassen, rundweg negierte, gleichzeitig aber auch erklärte, Oesterreich solle kein deutscher Staat sein. „Ueber die Bevorzugung einzelner Theile — so fügt das genannte Blatt bei — verliert das Ganze; das mögen sich Czechen und Deutsche gesagt sein lassen“. Das Blatt bemerkt unter anderem, daß, so wenig es sich mit dem gegenwärtigen Systeme in Oesterreich vertraut machen könne, es doch ebensowenig, nachdem das Ministerium Taaffe über die parlamentarische Mehrheit verfügt, das parlamentarische Regime auf den Kopf gestellt wissen möchte, weil es eine Zeitlang gegen die Wünsche der Deutsch-Liberalen sich gestaltet. Eine Verfassungsverletzung habe sich bisher Graf Taaffe nicht zuschulden kommen lassen.

Ueber den neuen Zolltarif schreibt die „Vorstadt-Zeitung“: „Was zunächst die Getreidezölle betrifft, so dient uns zur Beruhigung, daß sie uns vor der amerikanischen Concurrenz schützen und im Falle einer ungünstigen Inlandsernte aus dem Grunde keine Vertheuerung von Brot und Mehl zur Folge haben werden, weil sie in solchem Falle sofort suspendiert werden. . . Die Zollerhöhungen auf Schaumweine, Caviar, Thee und allerlei Artikel, welche die Armen nur dem Namen nach kennen, wird jeder Unbefangene nur mit Freuden begrüßen. . . Die Zollerhöhungen auf Schlachtvieh sind zumeist so geringfügig, daß eine Vertheuerung der Fleischnahrung hieraus umsoweniger erwachsen kann, als uns das Viehsteuergesetz vor der Einschleppung der Rinderpest schützt, unser Rindviehstapel — wie die jüngste Viehzählung dargethan — eine große Vermehrung erfährt und die Einfuhr über die für den Viehimport offenen Grenzen eine ganz unbedeutende ist. . . Die Zollerhöhungen auf Kaffeesurrogate, deren Production im Inlande eine sehr ausgebreitete ist, auf Fleisch, dessen Import ein minimales ist, auf Garne und Gewebe, Glas, Leder, Thon-, Kurz- und Eisenwaren, auf Eisen und Maschinen, welche alle von den betreffenden Industrien auf das lebhafteste befürwortet wurden und zur Entfaltung einer erhöhten industriellen Thätigkeit unerlässlich notwendig sind, haben für uns gleichfalls nichts Beängstigendes.“

Vom Insurrections-Schauplaze.

(Officiell.)

FM. Baron Jovanovic meldet unter dem 19. Februar, abends: In der Herzegowina sind Raub- anfälle im Gatter, Konjicer, Nedvesinjer und Stalacer Bezirke und in Zubi noch häufig. Am 17. d. hat bei Prijedor ein Zusammenstoß einer Infanterie- und Gen- darmerie-Abtheilung mit beiläufig 80 Insurgenten statt-

gefunden, wobei letztere mit bedeutendem Verluste — angeblich 10 bis 15 Todten — zurückgetrieben wurden. Unsererseits kein Verlust. — Bei Bedenice-Stepen findet täglich Geplänkel mit einzelnen Insurgenten statt, wobei am 15. d. Corporal Rimmerberger des 14. Infanterieregiments schwer, am 18. d. der Oberlieutenant Szathmary des 3. Feldjäger-Bataillons leicht verwundet wurde. — Die Befestigungsbauten bei Bedenice-Stepen und Greben, dann die Wegherstellungen sind im raschen Fortgange.

Ueber sonstige Gesechte in der Krivokije sind keine Meldungen eingelaufen.

Das Generalcommando Sarajevo berichtet am 19. Februar nachts: Oberst Arlow meldet aus Arnova am 16. und 17. die durch stärkere Patrouillen bestätigte Ansammlung von Insurgenten östlich vom Rogoj-Sattel. — Am 18. morgens sind aus Foča zwei Colonnen, und zwar Oberst Zambauer mit zwei Bataillonen des 1., einem Bataillon des 75. Infanterieregiments und zwei Geschützen über den Erivir, Oberst Hoke mit zwei Bataillonen des 75. Infanterieregiments und zwei Geschützen über Sas vorgedrückt. Die Colonne Zambauer stieß bei Krusica auf Insurgenten und zersprengte dieselben nach kurzem Gesechte. Unsererseits vier Mann verwundet. Die Insurgenten ließen fünf Todte und sieben Gefangene in unseren Händen. Krusica, aus dessen Häusern auf die Truppen geschossen wurde, ist größtentheils abgebrannt.

Vom Ausland.

Das Amtsblatt der französischen Regierung veröffentlichte ein Decret des Präsidenten der Republik, wodurch im Kriegsministerium unter der unmittelbaren Leitung des Kriegsministers eine zeitweilige Commission eingesetzt wird, welche die bestehenden militärischen Geseze und Verordnungen sowie die vorbereiteten Gesezentwürfe zu überprüfen hat. Ein anderes Decret ernannt den Divisionsgeneral Buillemont zum Generalstabschef an Stelle des Generals Miribel, welcher dem Artilleriecomité zugetheilt wird. Buillemont war 1871 Generalstabschef der Loire-Armee gewesen. — Da die französische Botschaft in Petersburg zur Zeit unbesetzt ist, so hat der neu ernannte Botschafter Admiral Jaurès Befehl erhalten, unverzüglich sein Abberufungsschreiben in Madrid zu überreichen, um vor dem 15. März nach Petersburg abreisen zu können. — Am Donnerstag wird der Deputiertenkammer der Gesezentwurf vorgelegt werden, der den politischen Flüchtlingen in Frankreich den Aufenthalt gestattet, aber das Recht der Ausweisung in bestimmten Fällen aufrechterhält und namentlich den Ausländern, welche keine genügenden Hilfsquellen nachweisen können, den Aufenthalt in Frankreich untersagt.

Im englischen Oberhause hat am 17. d. die Regierung eine Niederlage erlitten, welche deren Bestand indes nicht gefährdet wird. Der Earl von Donoughmore hatte die Einsetzung eines Ausschusses zum Zwecke der Prüfung der Wirksamkeit der neuesten Gesezgebung in Bezug auf die Bodenbesitz-Verhältnisse in Irland beantragt und die bisherige Durchführung der Landacte als eine die Gutsbesitzer schwer benachteiligende geschildert. Ihn unterstützten die Marquis Waterford und Landsdowne, letzter ein früherer Anhänger des gegenwärtigen Cabinets, während der Lordkanzler Selborne, der Präsident des geheimen Rathes Earl Spencer und der Geheimsiegel-Bewahrer Lord Carlisle gegen den Antrag sprachen. Es sei, sagte der Lordkanzler unter anderem, ein sehr unpassender und unzeitgemäßer Vorschlag, eine Untersuchung bezüglich der Anwendung und Wirkung eines Gesezes zu verlangen zu einer Zeit, wo aus der ganzen Anzahl von 600,000 Pachtlungen erst 1300 Fälle unter die Beurtheilung des Landesgerichtshofes gebracht worden sind. Der Antrag wurde jedoch mit 96 gegen 53 Stimmen angenommen.

Zwischen der römischen Curie und der russischen Regierung schweben bekanntlich seit längerer Zeit Verhandlungen, welche, wie der „St. Petersburger Zeitung“ „von guter Seite“ versichert wird, keinerlei principielle Basis betreffen, sondern lediglich ein Arrangement, einen modus vivendi zwischen den staatlichen Autoritäten und dem Episkopate zum Gegenstande haben. „In diesen Fragen — sagt das genannte Blatt — ist unsere Regierung den Wünschen des Papstes so weit entgegengekommen, als es eben die staatlichen Verhältnisse gestatteten. Niemals wurden von russischer Seite Schwierigkeiten bereitet, wenn es sich um rein innerkirchliche Fragen handelte. Ein Punkt, an welchem Rußland indes unbedingt festhielt, war die obligatorische Einführung der russischen Sprache in allen geistlichen Seminarien. Russischerseits sind die Präliminar-Punctationen abgeschlossen. Es steht nur noch die definitive Annahme-Erklärung seitens der Curie aus, um sodann die Entwürfe an den Minister des Innern, respective an das Departement der fremden Confessionen gelangen zu lassen.“

Tagesneuigkeiten.

— (Soirée.) Der Erste Obersthofmeister Seiner Majestät des Kaisers Sr. Durchlaucht Constantin Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst und Ihre Durchlaucht Prinzessin Marie zu Hohenlohe gaben Samstag abends in den prachtvollen Appartements des Augarten-Palais eine glänzende Soirée. Se. Majestät der Kaiser, Ihre k. und k. Hoheiten die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Karl Ludwig und höchstseiner Gemahlin Frau Erzherzogin Maria Theresia, Franz Ferdinand von Oesterreich-Este, Ludwig Victor, Karl Salvator sammt höchstseiner Gemahlin Frau Erzherzogin Maria Immaculata Clementine, Johann, Albrecht und Wilhelm, Ihre königlichen Hoheiten Prinz Arnulf von Baiern, Herzog Ernst August und Herzogin Thyra von Cumberland, Prinzessin Mary von Hannover, ferner Ihre Hoheiten Herzog Adolf und Herzogin Adelheid von Nassau und WM. Prinz Gustav von Sachsen-Weimar verherrlichten das Fest durch höchstihre Gegenwart. Ihre Excellenzen die Herren: Minister des Aeußern und des kaiserlichen Hauses Graf Kálnoky, Ministerpräsident Graf Taaffe, sämtliche Minister, die meisten Mitglieder des diplomatischen Corps, Sr. Excellenz der Herr Statthalter Freiherr v. Possinger, die Präsidenten und zahlreiche Mitglieder beider Häuser des Reichsrathes, die Chefs der obersten Centralstellen, Sr. fürstlichen Gnaden der Fürst-Erzbischof Cselestin Ganglbauer und viele Prälaten, der Landescommandierende FM. Baron Philippovich und eine große Anzahl hoher Officiere, der Leiter der Polizeidirection Hofrath Krticzka von Zahden, die Spitzen der Aristokratie sowie andere hervorragende Persönlichkeiten waren erschienen. Um 2 Uhr morgens wurde ein Souper für 300 Personen serviert. Die glänzende Soirée endete nach 5 Uhr morgens.

— (Die Feier des 1000jährigen Bestandes von Ungarn.) Aus Budapest wird berichtet: „In der hauptstädtischen Commission für bildende Kunst wurde die Feier des 1000jährigen Bestandes von Ungarn besprochen und beschlossen, die Mitwirkung des Reichstages anzusprechen, da es sich um eine großartige Landesfeier handelt. Ferner schloß sich die Commission dem Antrage von Baron Kaas an, dem Municipalausschusse vorzuschlagen, er solle auch seinerseits die Idee der Errichtung eines Denkmals des heiligen Stefan für zeitgemäß erklären, für diesen Zweck (in Raten von 5000 fl. jährlich) 25,000 fl. votieren und an den Primas von Ungarn, sowie an den Ministerpräsidenten die Bitte richten, sich an die Spitze der Bewegung stellen und zur Durchführung der Angelegenheit eine Commission bestellen zu wollen.“

— (Die Sofien-Moschee in Gefahr.) Die Aja-Sofia, die berühmteste unter den 300 Moscheen Konstantinopels, ist vom Einsturze bedroht. Die Nachricht hievon hat an den Ufern des Bosporus eine förmliche Panik hervorgerufen; denn nach einer alten Ueberlieferung wäre der Zusammensturz der Aja-Sofia das Signal zur Zerstückelung der Türkei. Unter der Regierung Abdul Medschids wurde die alte Sofien-Kirche Justinians unter der Leitung des italienischen Architekten Jossati mit großen Kosten restauriert. Als die Arbeiten beendet waren, weihte Sultan Abdul Medschid am 19. Juli 1849 die wiederhergestellte Moschee mit einer feierlichen Ceremonie ein, und ließ in seiner Freude über das gelungene Werk goldene Medaillen schlagen und zu Tausenden unter die Gläubigen vertheilen. Seitdem sind einige dreißig Jahre verstrichen, und wieder ist man über die Solidität der großen Kuppel, welche ohne Rivalen dasteht und das wunderbare Denkmal der byzantinischen Architektur fast vollständig bedeckt, ernstlich beunruhigt. Eine aus den hervorragendsten Architekten Konstantinopels bestehende Commission hat nach eingehender Untersuchung an Subhi Pascha, den Minister der religiösen Gebäude, einen ausführlichen Bericht erstattet. Nach diesem Berichte kann die Aja-Sofia jeden Augenblick einstürzen, was, wenn der Einsturz am Tage erfolgen würde, wo in der Regel Tausende der Andacht obliegen, eine entsetzliche Katastrophe im Gefolge hätte. Es soll sofort ernstlich daran gegangen werden, die Schäden an dem monumentalen Baue auszubessern. Im Innern ist die Moschee noch vollständig gut erhalten.

— (Von New York nach Paris.) Amerikanische Ingenieure haben kürzlich ein Project ausgearbeitet, dem zufolge die Reise von New York nach Paris mittels Eisenbahn in fünf und einem halben Tage (?) zurückgelegt werden würde; die Fahrt zu Lande soll nur ein einzigesmal durch eine zweistündige Seefahrt unterbrochen werden. Die Trasse geht von New York über Canada, Neu-Georgien und Alaska bis an das Prinz-Wales Cap, von wo aus die Reisenden mittels Steamers an das Ost-Cap auf die asiatische Küste der Behringsstraße gebracht werden sollen. Vom Ost-Cap aus soll die projectierte Bahn das russische Territorium bis zum Kreuzungspunkte mit den sibirischen Bahnen durchziehen, welche durch ihren Anschluß an die Moskauer- und St. Petersburger Linie bereits mit den europäischen Hauptstädten in Verbindung sind. Man berechnet, daß die Entfernung zwischen New York und Paris auf diesem Wege in 130 (?) Stunden zurückgelegt werden dürfte. Die Reisekosten werden sich für einen Passagier auf ungefähr 750 Francs belaufen.

— (Jagd auf Elenthiere.) In den umfangreichen Wäldern eines libländischen Großgrundbesizers, des Barons W., befinden sich nach der Mittheilung eines russischen Blattes gegen 1000 Elenthiere. Da eine solche Menge dieser Thiere im Walde recht bedeutenden Schaden zu verursachen pflegt, so veranstaltete der Grundbesitzer neulich eine Jagd auf diese Thiere. Innerhalb zweier Tage waren 70 der größten Elenthiere erlegt; ihr Fleisch wurde theils nach Petersburg, theils nach Berlin geschickt.

Locales.

— (Die Maskerade des „Sokol“), welche gestern in den Räumen der Citalnica abgehalten wurde, bildete den schönsten Schluss des heurigen so animierten Carnevals. Dieselbe war von vielen, sehr eleganten, distinguierten und interessanten Damen- und Herren-Masken, sowie von einem zahlreichen und gewählten Publicum in Balltoilette besucht und durch die Anwesenheit des Herrn I. I. Landespräsidenten A. Winkler sammt Frau Gemahlin und Fräulein Tochter, Sr. Excellenz des Herrn Truppendivisionärs FML. Ritter von Stubenrauch, Sr. Excellenz des Herrn FML. Freiherrn v. Fürker, des Landeshauptmanns Grafen Thurn, des Herrn WM. v. Keler, der Herren Obersten v. Appel und Oberstlieutenant Braun ausgezeichnet. Wir kommen auf das nach jeder Richtung bestgelungene Ballfest morgen ausführlich zurück.

— (Für den Narodni dom) werden im Gasthause beim „Fernej“ in der St. Petersstraße von den Gästen täglich freiwillige Spenden hinterlegt.

— (Im katholischen Vereine) hielt in der vergangenen Woche der hochwürdige Herr Professor F. Marn einen sehr interessanten Vortrag über weiland den berühmten Prediger Dr. J. E. Beith.

— (Herr Dr. F. Vol) hat seine Notariatskanzlei im Gebäude der Deutsch-Ritter-Ordenscommenda eröffnet.

— (Vom Slovenski Pravnik) — herausgegeben und redigiert von Herrn Dr. A. Moschö — welche trefflich redigierte Fachzeitschrift wir wiederholt anzuzeigen in der Lage waren, ist soeben Nr. 2 des zweiten Jahrganges erschienen. Dieselbe enthält unter anderem auch eine interessante rechtshistorische Skizze: „Cernogorska zakonodajstva“ von Alex. Gudovernik.

— (Verunglückt.) Aus Radmannsdorf schreibt man uns: Der Bahnwärter Jakob Cuffer im Wächterhause Nr. 48/L. nächst dem Tunnel bei Globoko (der Kronprinz-Rudolfsbahn) gieng am 13. d. M. um halb 10 Uhr abends in dem Augenblicke, als der gemischte Zug Nr. 703 von Laibach in der Richtung gegen Dees verkehrte, in angeblich angetrunkenem Zustande durch den besagten Tunnel und kam dabei derart unter die Locomotive, daß er circa 300 Schritte von derselben fortgeschleppt wurde, bis endlich der Maschinenführer es bemerkte und anhielt. Der herbeigeholte Bahnarzt und das ganze Zugspersonale brachten sodann nach zweistündiger Arbeit den Wächter unter der Locomotive hervor, und es zeigte sich, daß derselbe nur eine große Wunde am linken Kniegelenke davongetragen. Er wurde in das Civilspital nach Laibach gebracht.

— (Literatur.*) Von dem unter dem Allerhöchsten Schutze Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Elisabeth stehenden Wiener Centralverein für Errichtung und Erhaltung von Krippen (in den sieben Krippen dieses Vereins werden täglich über 300 kleine Kinder armer Leute, während diese dem Erwerbe außerhalb ihrer eigenen Wohnung nachgehen, gepflegt, genährt und bekleidet) wird ein Jahrbuch, bereits der 30. Jahrgang, herausgegeben, welches den Namen „Krippen-Kalender für 1882“ führt und allseitige Beachtung verdient. Dieser Kalender, der mehr als 400 Seiten enthält, bietet eine Fülle wissenschaftlicher Dinge, die namentlich für jeden Geschäftsmann, Kaufmann u. von großem Werte sind. Mit der vorzüglich getroffenen Photographie Ihrer Majestät der Kaiserin (in Cabinetform) geziert, enthält derselbe unter anderem das höchst eingehend behandelte Calendarium für das Jahr 1882; jeder Monat ist mit einer Erinnerungschronik, vorzüglich für Oesterreich bestimmt, versehen. Neben einer kurzen Uebersicht des europäischen Staatensystems, namentlich der österreichisch-ungarischen Monarchie nach den neuesten Daten der Volkszählung bietet das Buch auch einen Kirchenkalender, wonach er auch den Geistlichen als Nachschlagebuch dienen kann, ferner einen Auszug aus dem österreichischen Militärschema ausführliche Postbestimmungen und Tarife, Stempelgebühren-Tarife, Wertpapier-Coupons, Ziehungs-tabelle der Lose im Jahre 1882 (in- und ausländische), Restantenausweis von österreichischen Losen, Pfand-briefen, Grundentlastungs- und Prioritäts-Obligationen, für den Kapitalisten von großem Werte, Münzentabelle der gangbarsten in- und ausländischen Münzsorten, Maße und Gewichte des In- und Auslandes.

Ferner enthält der Krippenkalender die Eisenbahn-Personenfahrpreise nach den meisten inländischen und vielen ausländischen Stationen (alphabetisch geordnet).

* Alles in dieser Rubrik Angezeigte ist zu beziehen durch die hiesige Buchhandlung Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg.

ein Verzeichnis der Kunstseibills mit Angabe der Fahrpreise, eine Zugabe, die gewiss jedermann willkommen sein dürfte. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch zwei Musikbeilagen (die belgische Nationalhymne in der Bearbeitung von Böwenstamm, wie selbe von den Gesangsvereinen Wiens gesungen wurde, und ein bisher noch nicht publiciertes Lied aus dem Nachlasse Herbeds) den Beifall der Musikfreunde finden werden. Das Buch liefert auch den Beweis, wie mit verhältnismäßig geringen Kosten durch Errichtung von Krippenanstalten überall in Stadt und Land viele Kinder vor Verwahrlosung geschützt werden können. Der Wiener Krippen-Centralverein, I., Seilerstätte 10, gibt diesbezüglich gerne mündlich und schriftlich jede Auskunft und ist bereit, den Krippenkalender gegen Einsendung von 1 fl. ö. W. überall hin portofrei zu versenden. Nachdem der Ertrag des Kalenders dem oben genannten Vereine zufließt und daher einem sehr edlen Zwecke dient, kann derselbe nur aufs wärmste empfohlen werden.

— (Karte des Insurrections-Schauplatzes.) Im Verlage der „Steyrer mäh!“ (vormals L. E. Jamarsti) in Wien erschien soeben eine correct und übersichtlich ausgeführte, in fünf Farben gedruckte Karte des Insurrections-Schauplatzes. Dalmatien, Bosnien, Herzegowina, Montenegro und Serbien werden auf dieser Karte in klarer, übersichtlicher Weise veranschaulicht, so daß die Karte allen jenen, welche den Zustand im Süden der Monarchie in seinen Einzelheiten verfolgen, zur Orientierung bestens empfohlen werden kann. Der Preis dieser Karte ist nur 20 kr. ö. W., mit Postversendung unter Kreuzband 25 kr.

Neueste Post.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“

Petersburg, 21. Februar. Das „Journal de St. Petersbourg“ reproduciert ein Communiqué des „Regierungsboten“ über die Rede Skobelevs ohne Commentar. Die deutsche „Petersburger Zeitung“ wünscht, daß seitens der Regierung eine Widerlegung der Aeußerungen Skobelevs erfolge, und will nicht glauben, daß er eine solche Rede hielt. Sie meint, die Rede sei nur das Product eines exaltierten Journalisten, da es undenkbar sei, daß ein activer Generaladjutant überhaupt solche Reden führen konnte. „Herold“ druckt den Wortlaut der Rede Skobelevs ab, welche keines Commentars bedürfe, denn sie stelle die ganze geistige Verrantheit des Generals in ihrer ganzen erbärmlichen Blöße in der traurigsten Weise dar. „Nowoje Wremja“ bedauern, wenn Skobelev wegen der Rede für Rußland als General verloren gieng.

Wien, 21. Februar. Der Gebührenausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in seinen beiden letzten Sitzungen mit der Berathung über die unmittelbaren Gebühren für Dienstleistungsverträge und Empfangsbestätigungen, Dienst- und Versorgungsbezüge, dann über die Aenderungen der Bestimmungen, betreffend die Stempelgebühren von Eingaben. Die bezüglichlichen §§ 7 und 8 der Gebührennovelle wurden mit geringfügigen Aenderungen genehmigt. Dieselben gehen im wesentlichen dahin, daß von den im § 7 genannten juristischen Personen und Anstalten „Beneficien, Stiftungen, geistliche und weltliche Gemeinden“ ausgenommen wurden. Eine weitere Aenderung betrifft die Gesuche um Verleihung von Adelsgraden, welche mit einer Gebühr von 100 fl., dann um Namensänderungen und Namensübertragungen, welche mit einer Abgabe von 5 fl. belegt wurden. Die Gebühr von Einfuhr- und Durchfuhrpässen für Kuchsalz, Tabak und Schießpulver, endlich für die Ertheilung von Waffenspässen wurde von 1 auf 2 fl. erhöht.

Berlin, 21. Februar. Das Abgeordnetenhaus bewilligte in fortgesetzter langer Discussion den geheimen Dispositionsfonds des Staatsministeriums in namentlicher Abstimmung mit 248 gegen 73 Stimmen.

Berlin, 21. Februar. Die „Nordd. allg. Ztg.“ schreibt: „Die Presse wendete den Pronunciamentos Skobelevs eine Aufmerksamkeit zu, welche über die politische Tragweite dieser oratorischen Leistungen weit hinausgeht. Die Tapferkeit des Generals ist kein Grund, seinen politischen Ansichten mehr Gewicht beizulegen, als denen jedes anderen tapferen Officiers. Der politische Inhalt seiner Reden ist deshalb für uns kein Gegenstand einer publicistischen Behandlung. Was die militärische Seite derselben, ihre symptomatische Bedeutung für die Zustände in der russischen Armee betrifft, so wollen wir diese erst besprechen, wenn das Urtheil der russischen bürgerlichen und militärischen Kreise über das Verhalten des Generals, die Tragweite und die Adresse seines Pronunciamento bekannt sein wird.“

Paris, 20. Februar. Man versichert, Skobelev habe Paris verlassen, um den Gerüchten, zu welchen seine Rede Veranlassung gegeben, ein Ziel zu setzen. — Die Pariser Handelskammer hat den Wunsch geäußert, daß alle fremden Erzeugnisse, welche unbefugt die Marke einer französischen Fabrik tragen, verboten werden sollen. Die Handelskammer wird alle Impor-

teure fremder Waren, welche widerrechtlich die Marke einer Pariser Fabrik tragen, gerichtlich belangen.

Rom, 20. Februar. Der Papst empfing heute anlässlich des vierten Jahrestages seiner Erwählung die Glückwünsche der kirchlichen, Civil- und Militär-Würdenträger seines Hofes. Der Gesundheitszustand des Papstes ist ein ziemlich guter.

Petersburg, 21. Februar. Der „Regierungsbote“ schreibt: „Infolge der von Skobelev in Paris gehaltenen Reden werden beunruhigende Gerüchte verbreitet, welche jeder Begründung entbehren. Vergleichende private Aeußerungen von Personen, welche seitens der Regierung nicht dazu ermächtigt sind, können natürlich weder einen Einfluss auf den allgemeinen Gang unserer äußeren Politik haben, noch unsere Beziehungen zu den Nachbarstaaten ändern, welche sowohl auf den freundschaftlichen Banden der gekrönten Häupter unter sich und dem klaren Verständnis für die Interessen der Völker, als auch auf der gegenseitigen strengen Erfüllung der bestehenden Verträge begründet sind.“

Handel und Volkswirtschaftliches.

Ausweis über den Geschäftsstand der k. k. priv. wechselseitigen Brandschaden-Versicherungsanstalt in Graz mit 31. Dezember 1881.

Versicherungsstand:

- I. Gebäude-Abtheilung: 93,775 Theilnehmer, 214,554 Gebäude, 115,434,472 fl. Versicherungswert.
- II. Mobiliar-Abtheilung: 15,521 Versicherungsscheine, 24 Mill. 175,594 fl. Versicherungswert.
- III. Spiegelglas-Abtheilung: 134 Versicherungsscheine, 36,230 Gulden Versicherungswert.

Schäden:

- I. Gebäude-Abtheilung: zuerkannt in 537 Schadenfällen 448,292 fl. 25 kr. Schadenvergütung, pendent für 11 Schadenfälle 3235 fl. 36 kr. Schadensumme.
- II. Mobiliar-Abtheilung: zuerkannt in 85 Schadenfällen 31,268 fl. 55 kr. Schadenvergütung, pendent für 3 Schadenfälle 1227 fl. 5 kr. Schadensumme.
- III. Spiegelglas-Abtheilung: zuerkannt in 5 Schadenfällen 66 fl. 92 kr. Schadenvergütung.

Subventionen:

Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1881 an Feuerwehren und Gemeinden zur Anschaffung von Löschrequisiten 3997 fl. 50 kr.

Reservefond

mit 31. Dezember 1881: 1032,811 fl. 1 kr.
Graz im Februar 1882. (752)
(Nachdruck wird nicht honoriert.)

Rudolfswert, 20. Februar. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Hektoliter	9	76	Eier pr. Stück	—	11
Rorn	—	—	Milch pr. Liter	—	8
Gerste	6	19	Rindfleisch pr. Kilo	—	48
Hafer	3	58	Kalbsteisch	—	50
Halbfrucht	8	65	Schweinefleisch	—	56
Heiden	5	40	Schöpfenfleisch	—	—
Hirse	—	—	Hühner pr. Stück	—	30
Kukuruz	6	51	Lanben	—	20
Erdäpfel pr. Meter-3tr.	2	28	Hen pr. 100 Kilo	—	—
Linse pr. Hektoliter	—	—	Stroh 100	—	—
Erbsen	—	—	Holz, hartes, pr. Cubit-	—	—
Bisolen	—	—	Meter	2	71
Rindschmalz pr. Kilo	—	80	— weiches	—	—
Schweinefmalz	—	80	Wein, roth, pr. Hektolit.	16	—
Speck, frisch	—	60	— weißer	10	—
Speck, geräuchert	—	80			

Angekommene Fremde.

Am 20. Februar.

Hotel Stadt Wien. Katich, Seelenfried, Kaufleute, und Grün, Wien. — Müller, Kaufm., Budapest. — Blank, Kaufm., Ansbach. — v. Leard, k. k. Oberstl. a. D., Fiume. — Smutny, k. k. Inspector, Fürstentum.
Hotel Elephant. Unger, Vittai. — Luzar, Bigaun. — Pierotti, Agram. — Vogl, Budapest. — Waslawick, Wien. — Dr. Schmidinger, Rotor, Stein.
Hotel Europa. Waget, k. k. Lieutenant, Stein. — Gandoni, Tolmezzo.
Kaiser von Oesterreich. Borstnik.
Wohren. Müller, Studierender, Graz.

Verstorbene.

Den 21. Februar. Maria Ravnitar, Wagonkupplerstochter, 23 J., Wienerstraße Nr. 23, Bronchitis.

Im Civilspital:

Den 16. Februar. Maria Bliba, Tagelöhnerin, 60 J., Lungenentzündung. — Marianna Pef, Inwohnerin, 50 J. (Spitalsfiliale, Polanastraße Nr. 42), Blattern.
Den 17. Februar. Carolina Robotny, Agentensgattin, 29 J., Lungentuberculose.

Theater.

Heute (gerader Tag): Der Barbier von Sevilla.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Wasserspiegel	Witterungs- und Windrichtung
21.	7 U. Mg.	745 19	— 4.8	D. schwach	heiter	0.00
	2 „ Ab.	741 66	+ 4.4	D. schwach	heiter	
	9 „	739 08	+ 0.2	D. schwach	heiter	

Weiter, intensives Abendroth; sternenhelle Nacht. Das Tagesmittel der Temperatur — 0.1°, um 0.3° über dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.